

Beschluss des Landrats vom 24.06.2021

Nr. 1002

24. Fragestunde der Landratssitzung vom 24. Juni 2021 2021/288; Protokoll: ps

1. Robert Vogt: Neue Leistungsvereinbarungen gemäss APG vom 16. November 2017

Keine Zusatzfragen.

2. Laura Grazioli: Motion 2020/649 «Psychische Gesundheit während Corona»

Laura Grazioli (Grüne) nimmt erfreut zur Kenntnis, dass seit der Überweisung der Motion im letzten Dezember einiges getan wurde. Begrüsst werden insbesondere die Anstrengungen in den Bereichen Vernetzung beziehungsweise Einbezug der Fachverbände und -organisationen. Dies ist wichtig für die unmittelbare Bewältigung der nach wie vor stark angespannten Situation im Psychiatrie- und Psychologiewesen. Gleichzeitig nimmt die Rednerin mit einer gewissen Enttäuschung zur Kenntnis, dass die dringlichste Forderung der Motion, die Schaffung von zusätzlichen niederschweligen Angeboten zur psychologischen und psychotherapeutischen Betreuung, offensichtlich nicht an die Hand genommen wurde. Es handle sich nicht um eine Aufgabe des Kantons, wird gesagt. Deshalb folgende Zusatzfrage: *Wie steht das im Verhältnis zueinander, dass zu Recht x Millionen für Test- und Impfzentren und die Stützung der Wirtschaft ausgegeben werden, es jedoch offensichtlich nicht möglich scheint, zusätzliche finanzielle Mittel für die psychische Gesundheit zu sprechen? Die zweite Zusatzfrage lautet: Wurde ernsthaft geprüft, ob es eine Möglichkeit gibt, wie die in der Motion geforderten zusätzlichen niederschweligen Angebote geschaffen werden können? Wenn nein: Weshalb nicht?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) führt aus, es sei ein weit verbreiteter Irrtum, dass Geld sofort alle Probleme lösen könne. Letztlich geht es darum, die jeweiligen Fachkräfte zur Verfügung zu haben, welche die Angebote auf die Schnelle bereitstellen können. Dies war bereits für die Spitäler sowie die Impf- und Testzentren genügend schwierig. Das Geld ist nicht das Problem. Keiner der angegangenen Verbände konnte ein Angebot unterbreiten, das geprüft und bewilligt hätte werden können. Es wurde alles getan, was möglich war. Hätte es ein Angebot gegeben, wäre dies sicher nicht an den Finanzen gescheitert.

Patricia Bräutigam (CVP) hat eine Zusatzfrage: Es besteht nicht der Eindruck, dass die niederschweligen Angebote wirklich bei der Bevölkerung ankommen. *Ist seitens Kanton vorgesehen, die aufgelisteten Kampagnen und Angebote auf Social Media stärker zu streuen und zu bewerben, um die stärker betroffenen jungen Leute darauf aufmerksam zu machen?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, es würden alle vorhandenen Kanäle genutzt, die es gebe. Das Senden ist das eine, aber die Empfängerinnen und Empfänger müssen die Meldung auch erhalten. Das Multiplikatorensystem ist sehr wichtig, indem die Angebote weitergeleitet werden, bspw. per E-Mail. Es gibt Social-Media-Kampagnen, aber es ist unglaublich schwierig, dass das Angebot wirklich bei allen ankommt.

Caroline Mall (SVP) hat folgende Zusatzfrage: Die Seelsorgenden sind massiv ausgelastet. Nicht nur junge Leute sind betroffen. *Wie viele Seelsorgende gibt es und wie wird vermittelt, dass diese angesprochen werden können?* Es braucht nicht immer einen Psychiater oder einen Psychologen, sondern eine Person, die zuhört. Als Input: In der Gemeinde Reinach wurde ein sehr gut aufge-

machter Flyer verteilt, der an junge Leute gerichtet war. Die Rednerin hat sich gefragt, ob dies eine Möglichkeit wäre – ein Flyer, der so aufgemacht ist, dass er nicht gleich im Altpapier landet.

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) verweist darauf, dass die Landeskirchen eine wichtige Rolle einnehmen würden und Kapazitäten hätten. Selbst konfessionslose Personen können die Seelsorge in Anspruch nehmen. Das Angebot besteht permanent. Die Bevölkerung kann aufgerufen werden, das Angebot zu nutzen.

Zum Flyer: Der Redner dankt für das Beispiel mit dem Flyer von Reinach. Was einem optisch und haptisch am ehesten anspricht, sieht man sich an.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) hat folgende Zusatzfrage: *Konnte in der Zwischenzeit erhoben werden, wie die niederschwelligen Angebote genutzt wurden und ist ein Monitoring angedacht?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) sagt, ein Monitoring sei vorgesehen. Bei den digitalen Angeboten erfolgt die Auswertung der Zugriffszahlen, aber auch bei den zusätzlichen Angeboten werden die Fallzahlen erhoben.

3. Hanspeter Weibel: Islamisches Kulturzentrum in Binningen

Hanspeter Weibel (SVP) hat dieselbe Frage bereits vor einem Jahr gestellt. Letztes Jahr lautete die Antwort, eine Zwischenkontrolle habe sich aufgrund des Zeitablaufs von sechs Monaten seit Meldung des Baubeginns etc. nicht aufgedrängt, und nun spricht man davon, dass erst geprüft werde, wenn die Bauherrschaft die Beendigung der baulichen Massnahmen gemeldet hat, und dies sei noch nicht geschehen. Das Islamische Zentrum hat hohe Wellen geworfen; gemäss Baueingabe sollten getrennte Internate für Buben und Mädchen eingerichtet werden. Aufgrund der Diskussion wurde ein neues, wesentlich abgewandeltes Baugesuch eingereicht. Jedoch wurde nie überprüft, ob das nachträglich eingereichte Baugesuch auch umgesetzt wird. Zusatzfrage: *Braucht es tatsächlich die Anzeige einer Privatperson aus der Gemeinde, damit das Bauinspektorat in dieser sensiblen Frage tätig wird?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hält fest, jede Bauherrschaft werde gleich behandelt. Es gelten Regeln und Fristen, bis wann eine Abnahme erfolgen muss. Es gibt momentan so viele Baugesuche wie noch nie in den letzten zehn Jahren. Es gilt das Gleichbehandlungsgebot, unbezogen davon, wer die Bauherrschaft ist.

Hanspeter Weibel (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Wenn die Bauherrschaft die Beendigung der baulichen Massnahmen nicht meldet beziehungsweise die Meldung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschiebt, entgeht sie dadurch auch einer möglichen Kontrolle?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) verweist auf das Gesetz, welches eine Frist enthalte, bis wann mit dem Bau begonnen werden müsse. Ansonsten verfällt die Baubewilligung. Jedoch gibt es keine Frist, bis wann ein Bau abgeschlossen sein muss. Das gilt für alle. Es gibt weder seitens der Gemeinde Binningen noch aus der Nachbarschaft Hinweise auf Gründe, die eine Kontrolle rechtfertigen würden.

Marc Schinzel (FDP) stellt folgende Zusatzfrage: *Die Nutzung wurde massiv geändert, auch aufgrund von Interventionen nicht zuletzt aus dem Landrat. Ist dies nicht ein Grund, von Amtes wegen hinzuschauen, ob die Auflagen eingehalten wurden?* Es gibt wesentliche Abweichungen zum ursprünglichen Gesuch.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) antwortet, dass bei vielen Gesuchen während des Baubewilligungsverfahrens Änderungen vorgenommen würden. Das Gleichbehandlungsgebot gilt hier besonders.

4. Samuel Zimmermann: Pferdesportzentrum Schänzli – Zukunft sichern

Samuel Zimmermann (SVP) erklärt, der Pferdesport habe in den letzten Jahren einen unheimlichen Aufschwung erfahren. Im Unterbaselbiet gibt es im Vergleich zur übrigen Schweiz die meisten Pferde. In der Schänzli-Anlage finden Pferdeprüfungen, Dressur- und Springreiten statt, aber auch Mountainbikerennen, weiter nutzen die «Hündeler» und Pfeilbogenschützen die Anlage. Mit dem Verlust des Schänzlis können keine Dressur- und Springmeisterschaften mehr durchgeführt werden. Es wäre schade, wenn das Schänzli weg ist.

Für **Caroline Mall** (SVP) sind die Antworten unbefriedigend, vor allem die letzte. Folgende Zusatzfrage: *Wie kommt der Kanton dazu, eine solche Anlage im Baurecht abzugeben, ohne die Auflage zu implementieren, dass das Schänzli so bleiben muss, und kann der Baurechtsvertrag angepasst werden?* Eine Alternative gibt es nicht.

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) verweist auf die Antwort auf Frage 1. Am 19. Juni 2018, vor drei Jahren, wurden die Quartierplanvorschriften zum Schänzli von der Gemeinde Muttenz beschlossen. Die Gemeinde hat festgelegt, wie diese Anlage zukünftig genutzt wird. Der Kanton ist nicht gegen die Reitsportanlage Schänzli. Der Kanton hat das Land der Gemeinde Muttenz zur Verfügung gestellt, damit ein Ausgleich für die Bevölkerung von Muttenz geschaffen werden kann. Die Nutzungsplanung ist Sache der Gemeinden. Deshalb ist der Kanton der falsche Adressat. Das Baurecht wurde für eine längere Zeit abgegeben und kann nicht so schnell wieder geändert werden.

5. Caroline Mall: Integrationspauschale /Global- und Verwaltungspauschale

Caroline Mall (SVP) hat folgende Zusatzfrage: *Weiss der Kanton, ob die Gemeinden die Beiträge für die Integration in die Schulen investieren?* Eigentlich seien die Beiträge nicht für Ausgaben der Regelstrukturen gedacht, heisst es. Aber auch ausserhalb von Regelstrukturen kann zweckgebunden in Deutsch in den Volksschulen investiert werden. Und die zweite Zusatzfrage: *Weshalb nahm der Betrag der Nothilfe bei den Gemeinden derart zu?*

Antwort: Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) erklärt, die Kinder sollten beschult werden, wenn eine Schulpflicht besteht. Die Gemeinden sind aktiv bezüglich der Asylsuchenden, die ihnen zugewiesen wurden. Die Gemeinden müssten diese Frage beantworten. Weshalb die Nothilfe auf Ebene Gemeinde zugenommen hat, kann nicht beantwortet werden.

6. Regina Werthmüller: Falsche Prüfungsnote

Keine Zusatzfragen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.